

Zum Konflikt um die Primarschule in Hamburg (27.11.2009)

- 1.) Die **„eine Schule für alle“ muss das so bald als möglich zu realisierende Ziel bleiben**, bis Klasse 9 oder 10. Sie bringt das bessere Lernen und bessere Miteinander und schafft Gerechtigkeit. Ihre Vorteile sind vielfach bewiesen, unser Gemeinwesen profitiert enorm.
- 2.) **Die Primarschule ist ein höchst förderungswerter Fortschritt**. Das gemeinsame Lernen der Kinder in der Grundschule durch Einrichten der „Primarschule“ um 2 Jahre zu verlängern, ist eine große Verbesserung des Schulsystems und damit der Zukunftschancen aller Kinder. Die Reformarbeit der Schulsenatorin und ihres Teams ist in ihrer Kenntnis der pädagogischen Erfordernisse, Planungskraft und sozialen Sensibilität von anderswo seltenem hohem Wert.
- 3.) **Der Initiative „Wir wollen lernen“ fehlt es an Gemeinwesenorientierung**. Ihre Äußerungen zeigen in wesentlichen Teilen die egozentrische Haltung ihrer Gründer und Befürworter. Mit ihrem hohen Abstimmungserfolg beim Volksbegehren ist für sie ein Erfolg beim *Volksentscheid* jedoch noch nicht ausgemacht, denn es gibt mit hoher Wahrscheinlichkeit in HH eine (latente) Mehrheit der Menschen *für* Integration als die dringliche Zukunftslösung.
- 4.) **Kompromisse sind nur in äußerst begrenztem Maße möglich**. Schulsenatorin und Bürgermeister haben angekündigt, die Primarschule sei nicht verhandelbar - über alles andere könne man reden. Das ist richtig, aber Kompromissmöglichkeiten sind äußerst gering.
- 5.) **Elternrecht erweitern, da Prognosen fragwürdig?** Dass Lehrerkonferenzen – auch mit Hilfe standardisierter Instrumente – Lernstände und Kompetenzen der Kinder so sicher einschätzen können, dass sie daraus *unrevidierbare* Urteile über deren weiteren Schulwege ableiten dürften, bleibt fragwürdig. Für einen Teil der Kinderzahl einer Klasse lässt sich schwer voraussagen: Welche der Schulformen wird für sie der passendste Lernort sein? Entschärft wird diese Problematik, weil die Stadtteilschule wie das Gymnasium zum Abitur führen soll und sie dafür ein 13. Schuljahr erhält. Wird sich so aber der Ruf der Erstrangigkeit der einen und der Ruch der Zweitklassigkeit der anderen Schulform auflösen lassen? Jahre hindurch werden so Lehrende sich genötigt sehen, der Selektionsfrage hohen Rang zu geben auf Kosten des Beziehungsklimas und optimaler Pädagogik. Das lässt nach Planungsüberprüfung fragen.
- 6.) Der **Volksentscheid muss Klarheit schaffen oder die Politik schon bald?** Alle integrationswilligen Kräfte in HH müssen solidarisch stärker und deutlicher als bisher Wählerinnen und Wähler aufklären über die enormen Vorteile der Primarschule für alle, so dass deren Planung ohne Aufschiebung und ohne Aufweichung (möglichst mit weiteren Verbesserungen) realisiert werden kann. Sollte der Volksentscheid zugunsten der Integrationsgegner ausfallen, kann doch wohl die GAL nicht in der jetzigen Koalition verbleiben? Diese Frage stellt sich evtl. eher schon, falls innerhalb der CDU die Weichen gestellt werden für eine Abschiebung der Primarschule aufs Nebengleis. Nicht als nur naiven Wunsch sollte man einstufen, dass GAL, SPD und die LINKE (nach Neuwahlen) gemeinsam die „eine Schule für alle“ schaffen.
- 7.) **Vorschulische Erziehung entscheidend besser stärken als bisher**. Unterschätzt wird immer noch die enorme Bedeutung qualitativvoller Pädagogik in Kita und Vorschulklasse. Was in der Früherziehung versäumt wird bei Kindern, die weniger gute oder gar schlechte Bedingungen im Elternhaus hatten, kann nur schwer und in manchen Fällen nicht mehr in einer noch so guten Primarschule und Sekundarstufe korrigiert werden. Daher sind erhebliche Besserungen der Aufwuchsbedingungen in Kita und Vorschulklasse eine äußerst produktive Investition, und das nicht nur in sozial schwächeren Wohngebieten, sondern *allen* Stadtteilen.
- 8.) **Bedingungsoptimierung für Bildungsentwicklung überhaupt:** Haben Regierende und Volksvertreter, die ständig „Bildung ist unsere Zukunft“ im Munde führen, keine Ahnung von den „Mühen der Ebene“? Daher sei erinnert: Bildungsentwicklung wird es nicht geben ohne intensive Verbesserungen der Aus- und Fortbildung der Erzieherinnen und Erzieher, Lehrerinnen und Lehrer, der Bemühungen um Inklusion, Zusammenarbeit mit Eltern, die wirkliche Ganztagschule und die Priorität für die stark verbesserte Bildungsfinanzierung zugunsten der Arbeitsbedingungen der Erziehenden und Lehrenden zugunsten besseren Lernens der Kinder.